



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

12. Jahrgang, Nummer 04 / 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Newsletter beinhaltet wieder zahlreiche Informationen und Terminhinweise. Viele Themen werden angerissen und noch viel mehr gilt es zu bearbeiten. Und der jüngste Schiffsbrand vor Helgoland verdeutlicht, dass auch Gefahren außerhalb des alltäglichen Blickwinkels lauern. Ein Grund mehr, die überregionale Vernetzung der Umweltbewegung zu forcieren. Damit Umweltgefahren zu Wasser und zu Land (und in der Luft) bestmöglich schon im Vorfeld verhindert werden. Dafür engagiert sich der BBU als Verband und mit all seinen Mitgliedern. Und damit der BBU noch wirkungsvoller arbeiten kann, sind neue Mitglieder willkommen. <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.
Umweltfreundliche Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Vorstandstreffen in Bonn: BBU kritisiert Energiepolitik und fordert mehr Artenschutz

Der Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat bei seiner Vorstandssitzung in Bonn die aktuelle Energiepolitik scharf kritisiert. Gleichzeitig wurden verstärkte Bemühungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und zum Natur- und Artenschutz gefordert. Neue Umweltschutz-Bürgerinitiativen sind im BBU willkommen.

Auf heftige Kritik stößt beim BBU das aktuelle Geschacher um die Stromtrassenführung in Süddeutschland. Der BBU fordert die verantwortlichen Landesregierungen auf, den Ausbau der Windenergie in Süddeutschland zu forcieren und das Sankt-Florians-Verhalten bei der Stromtrassendebatte, sofern die Trassen überhaupt notwendig sein sollten, zu unterlassen. "Die Länder und die Bundesregierung müssen gemeinsam an einer umweltfreundlichen und zukunftsfähigen Energiepolitik ohne Atomstrom, ohne Fracking und ohne neue Kohlekraftwerke arbeiten", so der BBU.

Der bundesweit und international aktive Verband wird sich weiterhin für die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen, für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot und konkret gegen das geplante Kohlekraftwerk Datteln 2 (NRW) einsetzen. Zudem wird sich der BBU noch intensiver als bisher mit den Genehmigungsverfahren zu Stilllegung und Abriss von Atomkraftwerken befassen, z. B. bei dem AKW Obrigheim (Baden-Württemberg). Gleichzeitig will sich der Verband gegen das sogenannte Freimessen radioaktiv belasteter Abfälle engagieren. Auch zukünftig wird sich der BBU kritisch mit den unausgegorenen Konzepten der Bundesregierung zum Umgang mit Atommüll befassen.

Den Abtransport des umstrittenen Jülicher Atommülls in die USA oder in das Atommüll-Lager in Ahaus lehnt der BBU ab. Den Verkauf des Urenco-Konzerns, der in Gronau die einzige deutsche Urananreicherungsanlage betreibt, lehnt der BBU ebenfalls ab. Stattdessen fordert der Verband die sofortige Stilllegung der Anlage, damit in ihr nicht weiter Nukleare Brennstoff für Atomkraftwerke in aller Welt produziert werden.

Nicht nur die zahlreichen Atommülllagerstandorte stehen weit oben auf dem Arbeitsplan des BBU, sondern auch Giftmülldeponien. So wird sich der BBU verstärkt mit der Giftmülldeponie Eyler Berg in Kamp-Lintfort (NRW) befassen.

Der BBU setzt sich grundlegend für optimale Lebensbedingungen ein. Zur Verbesserung der Lebensqualität will der Verband auch seine Bemühungen im Bereich des Natur- und Artenschutzes verstärken. Wichtig ist es aus Sicht des BBU, dass u. a. der Flächenverbrauch gebremst und die Ausweisung von Naturschutzgebieten umfassender als bisher erfolgt. "Das Vorkommen von Kiebitzen und anderen Wiesenvögeln darf nicht länger durch das hemmungslose Anlegen von Mais-Monokulturen reduziert werden", fordert der BBU.

Der BBU ruft zur finanziellen und aktiven Unterstützung seiner notwendigen und engagierten Arbeit auf. Weitere Informationen über die vielfältige Arbeit des BBU unter www.bbu-online.de.

BBU-Pressemitteilung vom 19.05.2015



Bitte unterstützt mit Spenden die Aktivitäten des BBU!

Fracking, Atomtransporte, Chemieunfälle ... Zur erforderlichen Finanzierung unserer Arbeit bitten wir um großzügige Spenden. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66. SWIFT-BIC: COLSDE33. Der BBU ist ergänzend zu den Mitgliedsbeiträgen auf weitere Spenden angewiesen. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar.

2. Themenbereiche

Asphaltmischanlagen

Petition an den Bundestag unterstützen

(UB) m April 2015 hat eine Bürgerinitiative in Nußdorf die öffentliche Petition **"Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass eine Dauermessung von Luftschadstoffen in Asphaltmischanlagen eingeführt wird"** online eingereicht. Seither wartet die Initiative auf die Veröffentlichung. Nach der Veröffentlichung besteht für vier Wochen die Möglichkeit, die Petition elektronisch mitzuzeichnen. Wer sich ebenfalls mit Asphaltmischanlagen befasst, kann sich zur Vernetzung beim BBU melden. Wer zur gegebenen Zeit die Petition unterstützen möchte, sollte sich auch beim BBU melden, damit wir rechtzeitig die (baldige?) Mitzeichnungsfrist mitteilen können. Über den BBU kann auch der Kontakt zur BI in Nußdorf hergestellt werden.

Atomenergie

29 Jahre Tschernobylkatastrophe: BBU erinnert an die Opfer der Atomindustrie

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat am 29. Jahrestag des Beginns der Atomkatastrophe in Tschernobyl (26. April 1986) an die Opfer der Atomindustrie erinnert. Gleichzeitig hat der BBU den weltweiten und sofortigen Atomausstieg sowie eine umfassende Energiewende eingefordert.

Konkrete Forderungen erhebt der BBU in Richtung Bundesregierung und an die zuständigen Landesregierungen: Die noch laufenden Atomkraftwerke müssen sofort stillgelegt und den sonstigen Atomfabriken müssen sofort die Betriebsgenehmigungen entzogen werden. Der BBU hält es für unverantwortlich, dass in Lingen und Gronau Urananlagen ohne jegliche Laufzeitbegrenzung nuklearen Atombrennstoff für den Betrieb von Atomkraftwerken in aller Welt produzieren. Sowohl beim Betrieb der Anlagen in Lingen und Gronau, aber auch beim Betrieb der internationalen Atomkraftwerke, fällt Atommüll an, der das internationale Atommülldebakel weiter verschärft.

Vor dem Hintergrund des Atommüllsasters und angesichts ständiger Pannen und Störfälle in Atomkraftwerken und Atomanlagen bekräftigt der BBU die weite Notwendigkeit von vielfältigen Anti-Atom-Protesten. "Regierungen und Parteien benötigen weiterhin den Druck der betroffenen und gefährdeten Bevölkerung", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 26.04.2015. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/26.04.15.pdf>

Grenzüberschreitend gegen Atomkraftwerke, Uranfabriken und Atomwaffen

Niederländische und deutsche Anti-Atomkraft-Initiativen setzen sich weiterhin für internationale Abrüstung und grenzüberschreitenden Umweltschutz ein. Am 29. Jahrestag des Beginns der Atomkatastrophe in Tschernobyl (26. April) wurde gemeinsam vor der niederländischen Urananreicherungsanlage (JAA) in Almelo demonstriert. Mit der Aktion wurde an die Opfer von Tschernobyl erinnert und sie richtete sich gegen jegliche Atomkraftnutzung. Die Anlage in Almelo gehört ebenso wie die Urananreicherungsanlage in Gronau zum Urenco-Konzern, der international organisiert ist.

Auf Einladung der niederländischen Stiftung VEDAN (Vredes- En Duurzaamheids-Activiteiten Netwerkstad / stichting VEDAN) haben auch Atomkraftgegner aus Gronau an der Aktion in Almelo teilgenommen. Grenzüberschreitend lehnt die Anti-Atomkraft-Bewegung den drohenden Verkauf der niederländischen, britischen und deutschen Urenco-Anteile an noch unbekannte Käufer ab. Gefordert wird stattdessen die Stilllegung aller Urananreicherungsanlagen - damit sie nicht weiter Nuklearbrennstoff und Atommüll produzieren, und damit ihre Technik nicht militärisch genutzt werden kann.

In einer Pressemitteilung der Stiftung VEDAN, die zum 29. Tschernobyl-Jahrestag veröffentlicht wurde, heißt es: "Für die Stiftung VEDAN liegt ein Zukunftsszenario für Urenco Almelo auf der Hand: Die Stilllegung. Es wäre gut, wenn die Stilllegung vor dem 30. Tschernobyl-Jahrestag im nächsten Jahr erfolgen würde."

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU und seiner Mitgliedsinitiative AKU Gronau. Vom 29.04.2015.

Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/29.04.15.pdf>

EON-Chef Teyssen zu Gronauer Uranoxid-Lager und Urenco-Verkauf: Verzögerungen bei Uranmüll-Lager wegen Angst vor Cyberattacken?

Auf die Frage nach der deutlichen Bauverzögerung bei der neuen Uranoxid-Lagerhalle an der Urananreicherungsanlage in Gronau brachte EON-Chef Johannes Teyssen auf der gestrigen EON-Hauptversammlung gestiegene Software-Anforderungen gegen mögliche Cyberattacken ins Spiel. EON hält zusammen mit RWE ein Drittel des Urananreicherers Urenco. Urenco hatte diese Woche mitgeteilt, es gebe noch „ausstehende Arbeiten an der Software der Kran-Anlage“ des Uranoxid-Lagers.

AtomkraftgegnerInnen reagieren verwundert auf diese Äußerungen: „Wenn Urenco schon bei einem simplen Kran anderthalb Jahre benötigt, um die Software gegen Cyberattacken zu sichern, in welchem Umfang sind dann die anderen Betriebsteile – zum Beispiel die äußerst sensiblen Urananreicherungs-zentrifugen – gegen Cyberattacken geschützt? Warum darf die Urananreicherungsanlage insgesamt einfach weiterlaufen, wenn die Cyber-Gefahr schon beim noch leeren Uranoxid-Lager angeblich als so hoch eingestuft wird? Gibt es in Gronau womöglich weitere Probleme? Urenco und die Düsseldorfer Atomaufsicht müssen die Öffentlichkeit umfassend über diese merkwürdigen

Vorgänge in der Urananreicherungsanlage Gronau informieren,“ forderte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Zum geplanten Verkauf der Urenco-Anteile teilte EON-Chef Teysen mit, dass es zwar „Fortschritte“ bei den Verhandlungen gebe, es aber nicht mehr sicher sei, ob der Verkauf noch vor der Aufspaltung des EON-Konzerns zum Jahreswechsel über die Bühne gehen könne. In diesem Zusammenhang lehnte Teysen eine Festlegung ab, ob die Urenco-Beteiligung ggf. bei der neuen EON oder dem neuen Atom- und KohleKonzern Uniper angesiedelt werde.

Aus einer gemeinschaftliche Pressemitteilung vom 8. Mai 2015 (BBU, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau). Mehr zum Thema unter

<https://linksunten.indymedia.org/de/node/142505>.

Anti-Atom-Konferenz in Linz – AKW-Brand bei New York

Am 19. Mai 2015 hat in Linz (Österreich) die "Nuclear Energy Conference 2015" stattgefunden. Die Anti-Atomkraft-Konferenz war die Fortsetzung der "Nuclear Energy Conference", die 2014 in Prag stattfand und die sich mit den wirtschaftlichen Grenzen der Atomkraft beschäftigte. Bei der diesjährigen Konferenz sollte ein "utopisch/realistischer Blick in eine nahe Zukunft" geworfen werden, so die Veranstalter der Konferenz.

Udo Buchholz vom Vorstand des BBU zeigte sich im Vorfeld der Konferenz erfreut, "dass gerade aus Österreich immer wieder Anregungen zur Beendigung der internationalen Atomenergienutzung kommen". In Österreich wurde 1978 die Inbetriebnahme des einzigen und bereits fertig gestellten Atomkraftwerk Zwentendorf mit einer Volksabstimmung verhindert.

Weitere Informationen zu den Ergebnissen der Konferenz unter <http://www.nec2015.eu/de/index.php>

Der BBU setzt sich international für die sofortige Stilllegung aller Uranminen, Atomkraftwerke und Atomanlagen ein. Der Verband begründet seine Forderungen u. a. mit der ungelösten Atommüllproblematik und mit den ständigen Störfällen in Atomkraftwerken und in Atomanlagen. Erst vor wenigen Tagen wurde in den USA das AKW Indian Point nach einem Brand abgeschaltet. Das AKW ist mehr als 40 Jahre alt und ist nur rund 40 Kilometer von New York entfernt. Der Brand brach im nicht-nuklearen Bereich des AKW aus. Als Folge sollen tausende Liter Öl in den nahe gelegenen Hudson ausgelaufen sein.

Quelle: Pressemitteilung des BBU vom 18.05.2015

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/18.05.15.pdf>

Großdemonstration gegen Gorleben

Mehr als 8000 Menschen folgten In Laufe des Freitagnachmittag und -abend dem Aufruf der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) und demonstrieren in Gorleben für die Aufgabe der Pläne, den Salzstock Gorleben als Atommüllendlager zu nutzen. Die Widerstandsparty, die im Rahmen der Kulturellen Landpartie Tausende Besucher und Besucherinnen auf den "wunden Punkt Gorleben" fokussierte, erwies sich als Magnet und mutierte zur größten Anti-Atom-Kundgebung im Wendland seit dem letzten Castor-Transport im Jahr 2011.

Zwischen dem Areal des atomaren Zwischenlagers und der Endlagerfestung drängten sich Tausende zwischen Info- und Verkaufsständen, auf drei Bühnen spielten Bands zur Unterstützung des Gorleben-Widerstands oder luden zu Theatervorstellungen ein. Rund 50 Traktoren der Bäuerlichen Notgemeinschaft waren aufgefahren und als Shuttle-Service umrundeten Trecker das Bergwerksgelände mit unzähligen Informationshungrigen auf dem Anhänger.

“Niemand glaubt, dass in der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages die Weichen auf ein Ende des Gorleben-Kapitels gestellt werden“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke auf einer der Kundgebungen: “Das treibt die Menschen auf die Straße.“

Am Nachmittag hatten einige Hundert Besucher_innen den äußeren Begrenzungszaun des Endlagerbergwerks durchschnitten und abgeräumt und forderten auf Transparenten den Rückbau der Anlage. Die Besetzungsaktion dauerte bis in die frühen Morgenstunden an.

In Gorleben gibt es unter Tage zwar einen Erkundungsstopp, das Bergwerk wird jedoch als mögliches Endlager offen gehalten.

“Das reicht vielen Menschen nicht mehr. Gorleben ist nicht nur politisch, sondern auch geologisch verbrannt, das Festhalten an diesem Standort lässt ahnen, dass nur darauf gewartet wird, dass sich der Widerstand dagegen legt. Das wurde am Aktionstag in Gorleben eindrucksvoll widerlegt“, so Ehmke.

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Die BI ist Mitglied im BBU. Weitere Infos der BI unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.



68.139 Unterschriften gegen das Nationale Atommüll-Programm (NAPro) übergeben

68.139 Unterschriften gegen Schacht KONRAD und das Nationale Atommüll-Programm haben heute Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU), Vertreter des Landvolkes und der IG Metall, der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD und von Umweltverbänden und anderen betroffenen Standorten mit einer öffentlichen Aktion in Berlin an Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth übergeben.

Neben den Sammeleinwendungen, die v. a. aus der Region Salzgitter kommen, haben zahlreiche Einrichtungen umfassende Stellungnahmen eingereicht. Unterschriften und Stellungnahmen können noch bis Sonntag, den 31. Mai, 24.00 Uhr eingereicht werden. Das Ministerium wurde aufgefordert, im Anschluss die Gesamtzahl der Stellungnahmen mitzuteilen.

„Von der bürgerfernen Politik aus Berlin ist besonders die Region Salzgitter betroffen“, heißt es in einer Erklärung der Stadt Salzgitter. Und weiter: „Die aus Berlin geplante Erweiterung des Schachts stößt auf Ablehnung in der gesamten Region, es wird zudem die generelle Eignung angezweifelt.“

Betroffen vom Nationalen Atommüll-Programm (NAPro) sind allerdings auch alle anderen Standorte an denen Atom-müll liegt. Explizit etwa Jülich und Ahaus, an denen hochaktive Brennstoffkugeln liegen, die möglicherweise exportiert werden sollen. Implizit aber auch viele Standorte, deren ungelöste Probleme einfach ignoriert werden, etwa die Zwischenlager oder die Uranabfälle der Wismut. Mehr Infos:

www.ag-schacht-konrad.de; www.salzgitter.de; www.atommuell-alarm.info; www.atommuellreport.de

Quelle: Rundmail der AG Schacht Konrad vom 28.05.2015

Bald ist (hoffentlich) Schluss mit dem AKW Grafenrheinfeld

Über 4000 Menschen haben am 31. Mai 2015 das baldige Aus des AKW Grafenrheinfeld gefeiert.

Quelle und weitere Infos:

<http://www.infranken.de/regional/schweinfurt/AKW-Gegner-feiern-Abschaltfest-in-Grafenrheinfeld:art221,1071064>

Aktionstag gegen Urantransporte

(UB) Im September soll ein Aktionstag gegen Urantransporte durchgeführt werden. Nähere Informationen dazu werden im nächsten BBU-Newsletter veröffentlicht.

Bei der Suche bzw. Beobachtung von Atomtransporten fallen natürlich auch die unzähligen sonstigen Gefahrstofftransporte (Chemietransporte per Bahn und LKW) ins Auge. Sie stellen eine oft unbekannte Gefahr dar und sie rollen häufig zu Chemiefabriken, deren Sicherheit und Produkte oft auch umstritten sind. Initiativen und Verbände, die sich mit den Gefahren der Chemietransporte (und der Chemieanlagen) befassen, sind eingeladen, sich zur Vernetzung beim BBU zu melden: BBU-Bonn@t-online.de. Eine Zusammenarbeit von Initiativen, die sich mit Chemietransporten befassen, und mit Anti-Atomkraft-Initiativen, die sich gegen Atomtransporte engagieren, wäre sinnvoll.

Flughafenwiderstand

KOA DRITTE – FESTIVAL, 10 Jahre Widerstand

Samstag, 20. Juni 2015, 14 – 22 Uhr Attaching, alter Sportplatz. Familienfest mit Musik, guter Laune, Verpflegung, Kinderprogramm, Infos zum Widerstand der letzten 10 Jahre. Weitere Information:

<http://keine-startbahn3.de/10-jahre-widerstand/>



Fracking

BBU: Bundesrat verpasst Chance, für ein umfassendes Fracking-Verbot zu votieren

Auf seiner Sitzung am Freitag (08.05.2015) hat der Bundesrat die Chance verpasst, ein Votum für ein umfassendes Fracking-Verbot abzugeben. Zwar konnten sich die Länderversorger dazu durchringen, die Aufnahme eines neuen Paragraphen ins Bundesberggesetz zu fordern, der Fracking zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas in Schiefer-, Ton oder Mergelgestein sowie in Kohleflözgestein verbietet. Dies umfasst jedoch weder die Erdöl- und Metallgewinnung, noch werden Mensch und Umwelt vor den Gefahren des Frackings im Sandgestein geschützt, kritisiert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.). Damit bleibt die Entscheidung des Bundesrates hinter zwingend notwendigen ökologischen Anforderungen zurück.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Der Bundesrat wäre gut beraten gewesen, sich dem Votum seines Umweltausschusses anzuschließen. Dieser hatte ein umfassendes Verbot des Frackings zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen gefordert. Dies sollte unabhängig von der Gesteinsformation gelten. Mit der Entscheidung, für Fracking im Sandgestein kein Verbot zu fordern, wird insbesondere die Gesundheit der Menschen in Niedersachsen aufs Spiel gesetzt. Zudem besteht die Gefahr, dass über den Zwischenschritt ‚Fracking in Tight-Gas-Reservoirs‘ auch der spätere Einstieg in die Schiefergasförderung erfolgt.“

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 11.05.2015. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/11.05.15.pdf>.

Erste Mitglieder der geplanten Fracking-Kommission scheuen das Licht der Öffentlichkeit – BBU legt Widerspruch gegen Verweigerung der Übermittlung von Fracking-Informationen beim Umweltbundesamt ein

Während die Bundesregierung betont, dass die Arbeit der geplanten Fracking-Kommission, die über kommerzielle Fracking-Vorhaben zentrale Vorentscheidungen fällen soll, transparent sein wird, zeigt das Verhalten erster Mitglieder der Kommission das genaue Gegenteil. So haben der Geologische Dienst Nordrhein-Westfalen, das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt und das Geoforschungszentrum Potsdam einer Herausgabe ihrer Stellungnahmen zum zweiten Fracking-Gutachten des Umweltbundesamtes widersprochen. Einen entsprechenden Antrag zur Übermittlung der Stellungnahmen nach dem Umweltinformationsgesetz hatte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) gestellt. Das Umweltbundesamt lehnte angesichts des Widerstands der drei Stellen die Übermittlung ab. Der BBU hat hiergegen Widerspruch eingelegt und ihn umfangreich begründet. Der Um-

weltverband belegt in dem Widerspruch, dass das Umweltinformationsrecht die Zurverfügungstellung der Dokumente vorsieht, auch wenn die Verfasser der Stellungnahmen widersprechen.

Die im Entwurf der Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vorgesehene Fracking-Kommission setzt sich aus Vertretern von sechs Institutionen zusammen. Das Geoforschungszentrum Potsdam sowie das Umweltbundesamt sollen feste Mitglieder sein. Hinzu kommen ein Vertreter eines Landesamtes für Geologie sowie drei weitere Institutionen. Die Kommission entscheidet mit Mehrheit.

Oliver Kalusch erklärt hierzu: „Die Signalwirkung des Vorgangs ist eindeutig. Bereits jetzt bekennen sich zwei gesetzte und eine potentielle Beteiligte der geplanten Fracking-Kommission zur Informationsverweigerung. Wenn schon vergleichsweise unproblematische Informationen wie Stellungnahmen zum zweiten UBA-Gutachten zu Fracking zurückgehalten werden sollen, wird dies umso stärker der Fall sein, wenn die Fracking-Kommission ihre Arbeit aufgenommen hat. Gutachten, externe Stellungnahmen und Protokolle über den Meinungsbildungsprozess der Kommission werden geheim bleiben. Das ist das genaue Gegenteil von Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit. Es zeigt sich, dass die geplante Einsetzung der Kommission der falsche Weg ist. Erforderlich ist vielmehr ein ausnahmsloses Fracking-Verbot“

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 15.05.2015. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202015/15.05.15.pdf>.



WEG-Kampagne platzt wie eine Seifenblase – Klare Mehrheit der Bevölkerung gegen Fracking

Als Beleg für die kontinuierliche Ablehnung der Fracking-Technik in der Bevölkerung bewertet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von abgeordnetenwatch.de, welche von infratest dimap vom 27.4.2015 bis 29.4.2015 durchgeführt wurde. Die über 1.000 Befragten sprachen sich zu 61% für ein vollständiges Fracking-Verbot aus. Damit sind die Aussagen des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG e.V.), mit denen suggeriert werden sollte, dass eine Mehrheit der Bevölkerung unter bestimmten Bedingungen für Fracking sei, widerlegt.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 19.05.2015. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202015/19.05.15.pdf>.

BBU: Bundesregierung besteht beim Fracking auf Großversuch mit der Bevölkerung und der Umwelt

Als inakzeptabel und gefährlich hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die neuesten Äußerungen der Bundesregierung zum Fracking bezeichnet. Diese hatte nicht nur die Vorschläge des Bundesrates zur Eindämmung der Gefahren des gefährlichen Gasbohrens weitgehend zurückgewiesen. Zur Begründung führte ein Sprecher des Bundes-Umweltministeriums zudem aus, man wolle keine Technik verbieten, die noch nicht richtig erforscht sei. Doch der Eindruck, dass es im geplanten Pro-Fracking-Recht nur um Forschung gehen würde, ist falsch. Tatsächlich soll der kommerzielle Einsatz des Fracking-Verfahrens fast ausnahmslos erlaubt werden. Damit kündigt das Bundes-Umweltministeriums einen gefährlichen bundesweiten Großversuch mit der Bevölkerung und der Umwelt an. Der BBU appelliert an die Bundestagsabgeordneten, diesen Plänen eine Absage zu erteilen und das Pro-Fracking-Recht abzulehnen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 21.05.2015. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202015/21.05.15.pdf>.

Gentechnik

Unterschriftenaktion gegen neue Gentechnik-Verfahren

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) stuft ein neues Gentechnik-Verfahren namens RTDS (Rapid Trait Development System) „nicht als Gentechnik im Sinne des Gentechnikgesetzes“ ein, obwohl diese Technik den gesetzlichen Kriterien für gentechnische Verfahren entspricht. Wenn es bei dieser Einstufung bleibt, können mit der RTDS-Technik gentechnisch veränderte, herbizidresistente Rapspflanzen des Unternehmens Cibus in Deutschland ohne Sicherheitsprüfung, ohne Regulierung und ohne Kennzeichnung zu Versuchszwecken freigesetzt und sogar kommerziell angebaut werden. Diese Entscheidung passt zu den derzeitigen Verhandlungen über das EU-US Freihandels- und Investitionsschutz-Abkommen TTIP: Sie zeigt, wie die Politik im vorausseilenden Gehorsam Investoren-freundliche Regulierungen schafft.

Quelle, weitere Informationen und Möglichkeiten zur Unterschrift (online / Papier) unter

www.gen-ethisches-netzwerk.de/2015/cibus-raps-gen.

Kohlekraftwerke

180 Kilo Quecksilber pro Jahr drohen aus Kohlekraftwerk Datteln 4

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat im aktuellen Genehmigungsverfahren zum Bau des Steinkohlekraftwerks Datteln 4 fristgerecht bei der Bezirksregierung Münster eine umfassende Einwendung einge-

reicht. Der BBU kritisiert, dass mit dem Betrieb des Kraftwerks der Ausstoß zahlreicher Schadstoffe verbunden wäre. Außerdem bemängelt der Umweltverband, dass angesichts der umfangreichen Genehmigungsunterlagen die Einspruchsfrist (bis zum 27. Mai 2015) zu kurz bemessen war. Der BBU fordert, dass die Unterlagen erneut öffentlich ausgelegt werden, dass das Vorhaben erneut bekannt gemacht wird und dass es erneut Gelegenheit zur Einwendung gibt.

Der BBU hat sich wiederholt gegen den Einsatz und Zubau von neuen Kohlekraftwerken ausgesprochen. Alte Kohlekraftwerke sollen laut BBU schnellstmöglich stillgelegt und erneuerbare Energien müssen stattdessen weiter forciert werden. Die Einwendung des BBU gegen das Kohlekraftwerk Datteln 4 kann unter <http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Einwendungen.htm> nachgelesen werden.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 27.05.2015. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/27.05.15.pdf>.

3. Buchtipp

Strandgut aus Plastik und anderer Meeresmüll

Einkaufstüte, Joghurtbecher, Zahnbürste, Getränkeflasche oder Spielzeugauto – all diese Dinge haben eines gemeinsam: Sie finden sich oft, wo sie nicht hingehören – am Strand, am Deich, im Meer. Das Ausmaß der Verschmutzung ist gewaltig.

Jennifer Timrott hat über 40 typische Strandfunde zusammengestellt, über die man an den Stränden der deutschen Küsten, Inseln und Halligen stolpert, und beantwortet drängende Fragen: Woher kommt all dieser Müll? Wie lange schwimmt er schon im Meer? Wird er jemals wieder verschwinden, und wenn ja, wie lange dauert es bis dahin? Was bedeutet es eigentlich für die Meeresbewohner, wenn die Weltmeere so massiv mit einem Material belastet sind, das die Menschheit genau genommen erst seit ein paar Jahrzehnten in großem Umfang nutzt?

Ein Buch für alle, die mehr über das weltweite Umweltproblem erfahren möchten.

Über die Autorin: Jennifer Timrott, Jahrgang 1969, ist Journalistin und lebt auf der nordfriesischen Hallig Hooge und in Friedrichstadt an der Eider. Sie liebt die Natur und die lebendige Landschaft des Wattenmeeres und ist Gründungsmitglied und Vorsitzende des Vereins „Küste gegen Plastik e. V.“

Quelle und weitere Informationen (incl. bebilderte Leseproben):

<http://www.wachholtz-verlag.de/strandgut-aus-plastik-und-anderer-meeresmuell.html>



4. Termine

17. Juni: Berlin, Tagung, Der Patentierte Affe - Schöne neue Gentechnik, Patente auf Leben und der Schutz von Tier und Mensch, Informationen: <http://www.testbiotech.org/der-patentierte-affe>

20. Juni: Berlin, Tagung, "Atom Müll ohne Ende", Infos: http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=14147

26. – 28. Juni: Hofgeismar, Tagung zur Landwirtschaftspolitik. Informationen: <http://www.akademie-hofgeismar.de/programm/detailansicht.php?category=1000003&exnr=15043>

29. Juni, Bingen, Naturschutztagung, Informationen: [https://www.fh-bingen.de/aktuelles/detail.html?tx_ttnews\[year\]=2015&tx_ttnews\[month\]=06&tx_ttnews\[day\]=29&tx_ttnews\[tt_news\]=5645&cHash=d0ecd3a3191f410134539f7d22408fa8](https://www.fh-bingen.de/aktuelles/detail.html?tx_ttnews[year]=2015&tx_ttnews[month]=06&tx_ttnews[day]=29&tx_ttnews[tt_news]=5645&cHash=d0ecd3a3191f410134539f7d22408fa8)

Weitere Termine unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

5. Nachruf

Walter Mossmann ist tot

Im Alter von 73 Jahren ist am 29. Mai Walter Mossmann gestorben. Nicht nur für die Aktiven aus der Zeit der Whyl-Proteste und aus der Anfangszeit des BBU ein Grund zur Trauer. Hier ein informativer Nachruf von Axel Mayer:

<http://www.mitwelt.org/walter-mossmann-akw-wyhl.html>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 04 / 2015, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 06.06.2015. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.